

März 2023

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	4
Ukraine: „Ja“ zu Waffen-Hilfen und zu mehr diplomatischen Initiativen.....	5
Misstrauen gegenüber China ähnlich groß wie gegenüber Russland.....	8
Weiter Sorgen um mögliche Folgen des Ukraine-Krieges	9
Keine Veränderung im Urteil zur Regierungsarbeit.....	10
Politikerzufriedenheit: Pistorius führt erstmals Politikerliste an	11
Sonntagsfrage: Union baut Vorsprung aus	12
Frauen sehen sich nicht nur bei Löhnen deutlich benachteiligt.....	14
Studieninformation.....	16

Zusammenfassung

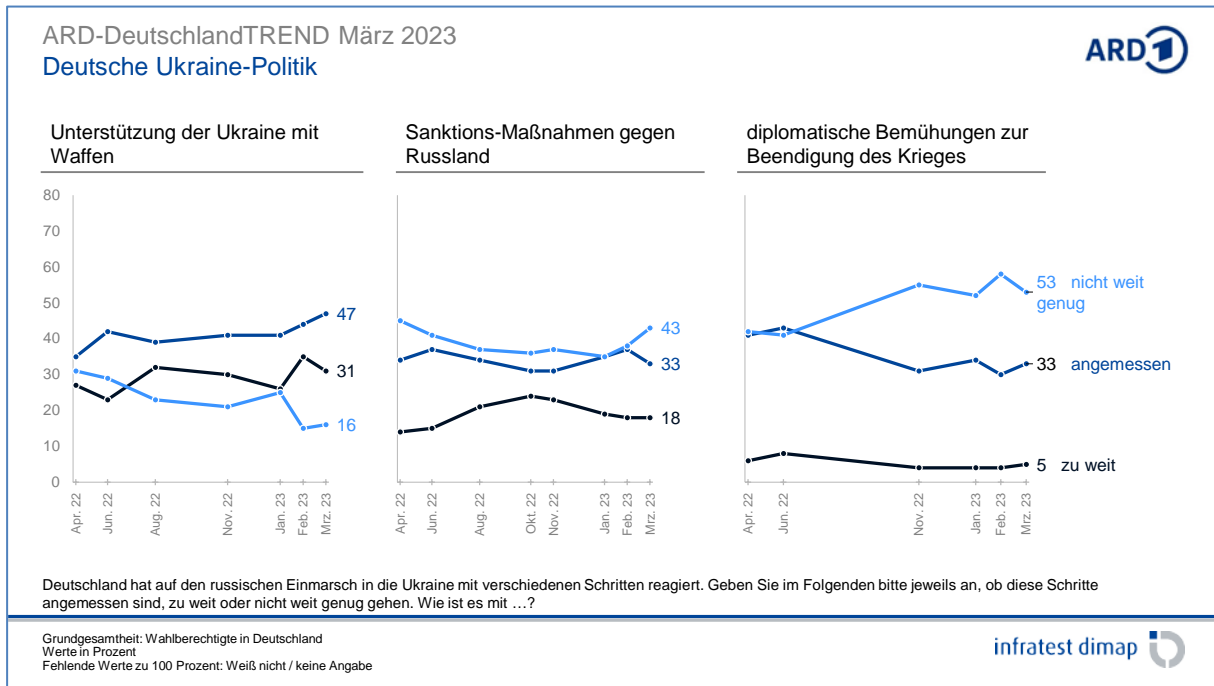
In Deutschland wird ein Jahr nach Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine in der Öffentlichkeit eine heftige Auseinandersetzung geführt zwischen denen, die Waffen-Hilfen an die Ukraine unterstützen und jenen, die Verhandlungen über eine zeitnahe Beendigung des Krieges einfordern. In der Bevölkerungsmeinung zeichnet sich diese klare Lagerbildung nicht ab. Die Bundesbürger betrachten Waffenlieferungen an die Ukraine mehrheitlich als angemessen, wenn nicht als ausbaufähig. Und gleichzeitig überwiegt bei ihnen das Urteil, dass die bisherigen diplomatische Anstrengungen Deutschlands zur Beendigung des Krieges nicht weit genug gehen. Auch diejenigen, die die bisherigen diplomatischen Anstrengungen Deutschlands für unzureichend halten, stimmen deutschen Waffenlieferungen mehrheitlich im Grundsatz zu und bewerten sie als angemessen oder verbesserungswürdig. Auch deshalb kann Sahra Wagenknecht, Mitinitiatorin des Manifests für Frieden, aus dem Wunsch vieler Bundesbürger nach mehr Diplomatie bislang offensichtlich nur begrenzt Kapital schlagen. Hinter ihrer früheren Popularität bleibt sie klar zurück. Nicht nur die Bundesbürger insgesamt, auch diejenigen, denen die bisherigen diplomatischer Anstrengungen Deutschlands nicht weit genug gehen, bewerten die Politikerin mehrheitlich kritisch. Bezüglich möglicher Verhandlungen mit Russland sehen die Bundesbürger die Entscheidung über deren Beginn bei der Ukraine. Dass eine Beendigung des Krieges notwendigerweise mit Territorialverlusten der Ukraine einhergehen muss, glaubt mehr als die Hälfte nicht.

In der Bewertung der Berliner Regierungsarbeit ergeben sich im Monatsverlauf keine Veränderungen. Ein Drittel äußert sich positiv, zwei Drittel üben Kritik. Größere Verschiebungen vollzogen sich dagegen beim Blick auf das Berliner Personal. Führten seit April vergangenen Jahres durchweg Außenministerin Baerbock und Wirtschaftsminister Habeck die Liste der populärsten Politiker an, liegt mit Verteidigungsminister Pistorius erstmals wieder ein SPD-Politiker vorn. In der aktuellen bundespolitischen Stimmung macht sich dies allerdings nicht bemerkbar. Die CDU/CSU hat in der Sonntagsfrage 31 Prozent (+4) in Aussicht, ihr bester Wert im ARD-DeutschlandTREND seit zwei Jahren. Alle drei Berliner Koalitionsparteien geben zum Vormonat ab: Die SPD käme bei einer Bundestagswahl momentan auf 18 Prozent (-2). Die Grünen hätten 17 Prozent (-1) in Aussicht, schwächer waren sie letztmals im März vergangenen Jahres. Die FDP käme auf 6 Prozent (-1). Die AfD könnte mit 14 Prozent (-1), die Linke mit 5 Prozent (+1) rechnen.

Am 08. März, dem Internationaler Frauentag, wird weltweit auf die Ungleichbehandlung von Frauen aufmerksam gemacht. Aus Sicht der Bundesbürger gilt es zentrale Anliegen des Frauentages offensichtlich auch in Deutschland weiter zu verfolgen. So sehen sich die Frauen in Deutschland deutlich benachteiligt bei Löhnen und Gehältern, der Absicherung im Alter und der Pflege von Angehörigen. Eine Sichtweise, die auch jeweils eine Mehrheit der Männer teilt. Deutliche Benachteiligungen macht jeweils eine Mehrheit der Frauen in Deutschland ebenfalls nach wie vor bei der Besetzung von Führungspositionen wie auch der Aufteilung der Kinderbetreuung aus. Hier sind sich die Männer bezüglich bestehender Frauen-Nachteile zugleich auffallend uneins. Als Vertreter von Frauen-Interessen sehen die Bundesbürger in erster Linie die Grünen, gefolgt von SPD und Linken. Die übrigen Bundestagsparteien, einschließlich der Union, gelten dagegen kaum als Sachwalter für die Belange von Frauen. Frauen tun sich bemerkenswerterweise schwerer als Männer, eine Partei zu benennen, die ihre spezifischen Interessen vertritt. Bei insgesamt niedrigeren Antwortniveaus sehen allerdings auch sie Grüne, SPD und Linke am ehesten als Anwalt eigener Interessen.

Ukraine: „Ja“ zu Waffen-Hilfen und zu mehr diplomatischen Initiativen

In Deutschland wird ein Jahr nach Beginn des russischen Einmarsches in die Ukraine in der Öffentlichkeit eine heftige emotionale Auseinandersetzung geführt zwischen denen, die Waffen-Hilfen an die Ukraine unterstützen und jenen, die Verhandlungen über eine zeitnahe Beendigung des Krieges einfordern. In der Bevölkerungsmeinung zeichnet sich diese klare Lagerbildung nicht ab.



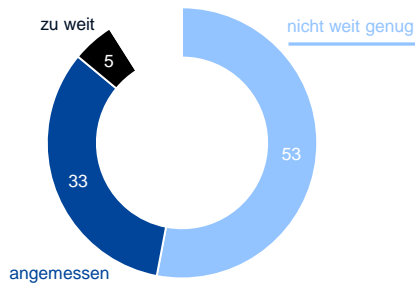
Die Bundesbürger betrachten Waffenlieferungen an die Ukraine mehrheitlich als angemessen (47 Prozent), wenn nicht als ausbaufähig (16 Prozent). Und gleichzeitig überwiegt bei ihnen das Urteil, dass die bisherigen diplomatische Anstrengungen Deutschlands zur Beendigung des Krieges nicht weit genug gehen (53 Prozent). Auch diejenigen, die die bisherigen diplomatischen Anstrengungen Deutschlands für unzureichend halten, stimmen deutschen Waffenlieferungen mit 57 Prozent mehrheitlich im Grundsatz zu und bewerten sie als angemessen oder verbesserungswürdig.

ARD-DeutschlandTREND März 2023

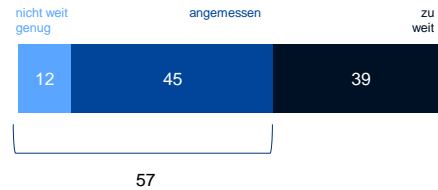
Deutsche Ukraine-Politik



diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges



Unterstützung der Ukraine mit Waffen



Deutschland hat auf den russischen Einmarsch in die Ukraine mit verschiedenen Schritten reagiert. Geben Sie im Folgenden bitte jeweils an, ob diese Schritte angemessen sind, zu weit oder nicht weit genug gehen. Wie ist es mit ...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

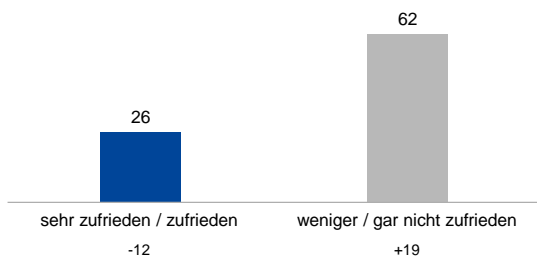


ARD-DeutschlandTREND März 2023

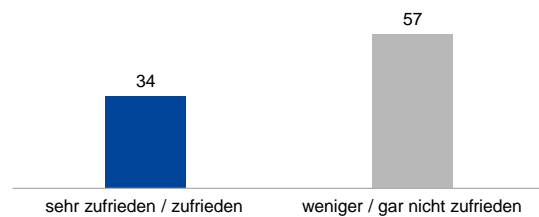
Zufriedenheit mit Sahra Wagenknecht



Gesamt



Personen, die diplomatische Bemühungen Deutschlands zur Beendigung des Ukraine-Krieges als nicht weit genug bewerten



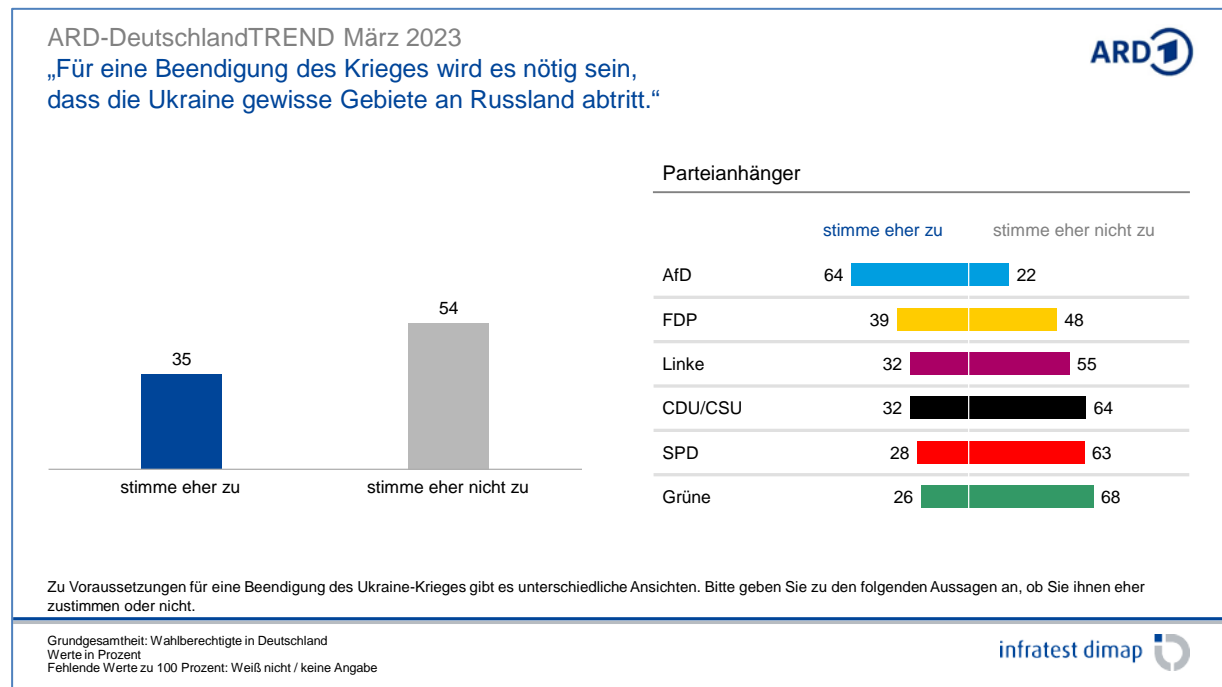
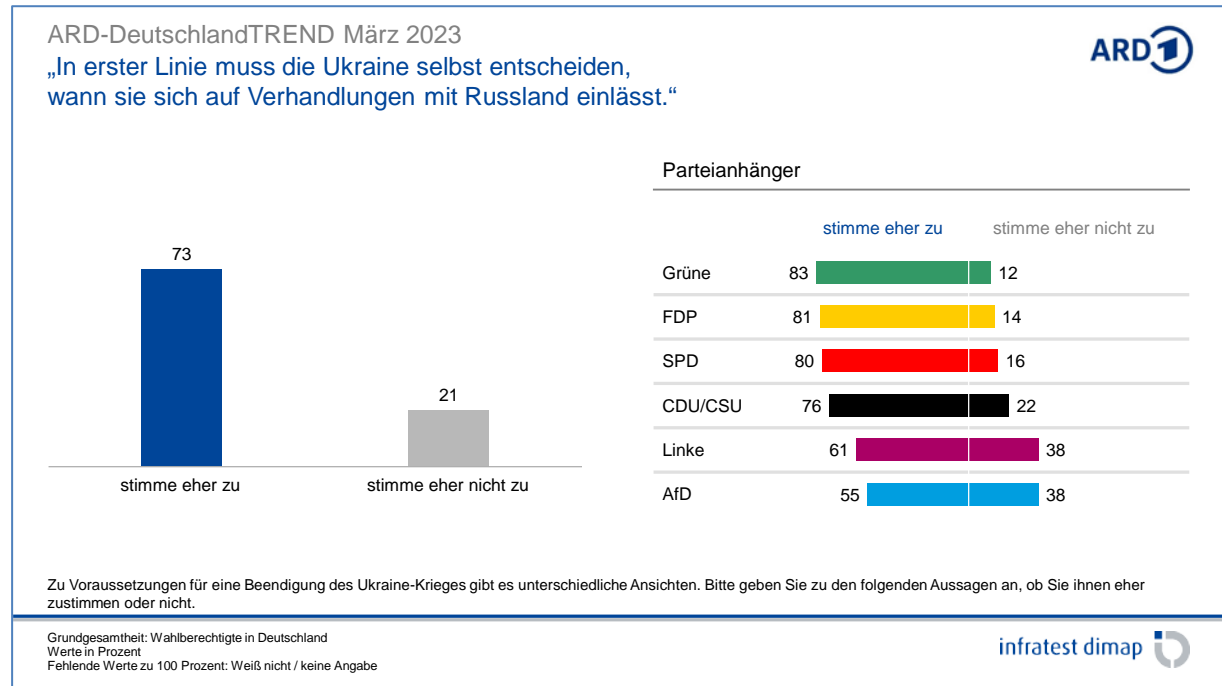
Sind Sie mit der politischen Arbeit von ...?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu April 2019
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Kenne ich nicht / weiß nicht / keine Angabe



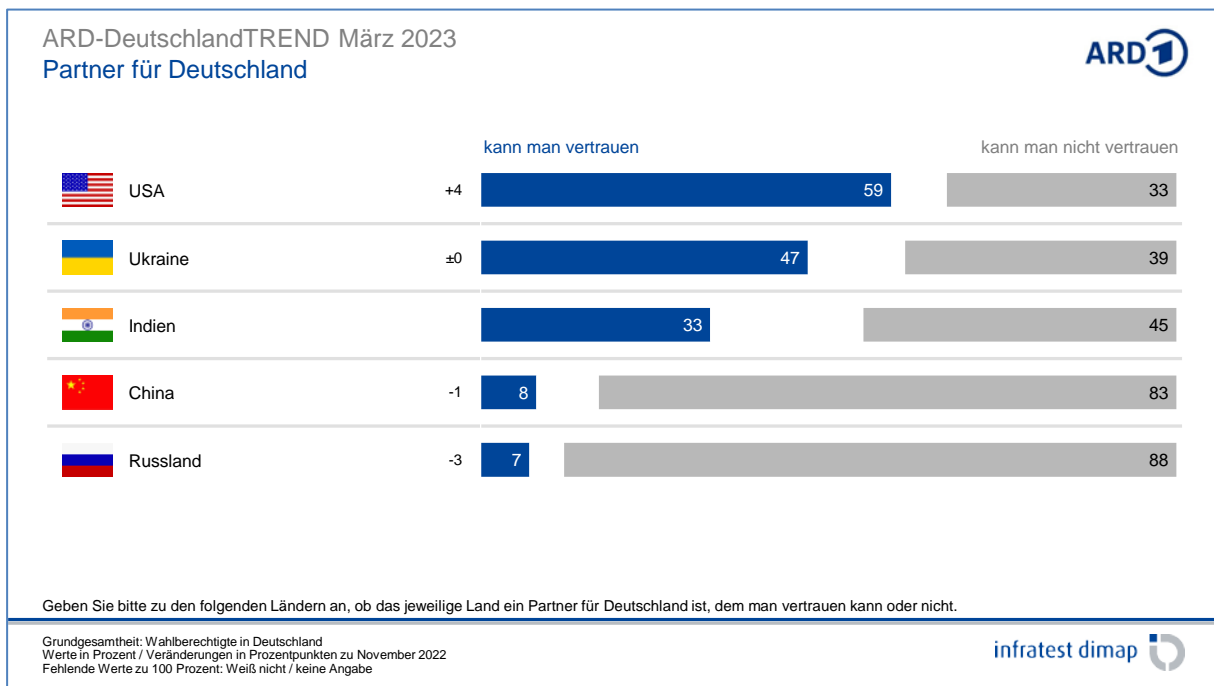
Auch deshalb kann Sahra Wagenknecht, Mitinitiatorin des Manifests für Frieden, aus dem Wunsch vieler Bundesbürger nach mehr Diplomatie bislang offensichtlich nur begrenzt Kapital schlagen. Hinter ihrer früheren Popularität bleibt sie klar zurück. Nicht nur unter den Bundesbürgern insgesamt (62:26 Prozent), auch diejenigen, denen die bisherigen diplomatischer Anstrengungen Deutschlands nicht weit genug gehen, bewerten die Politikerin mehrheitlich kritisch (57:34 Prozent).

Bezüglich möglicher Verhandlungen mit Russland sehen die Bundesbürger die Entscheidung über deren Beginn in erster Linie bei der Ukraine (73 Prozent). Eine Sichtweise, die selbst in den Reihen der AfD überwiegt. Dass eine Beendigung des Krieges notwendigerweise mit Territorialverlusten der Ukraine einhergehen muss, glaubt mehr als die Hälfte nicht (54 Prozent).



Misstrauen gegenüber China ähnlich groß wie gegenüber Russland

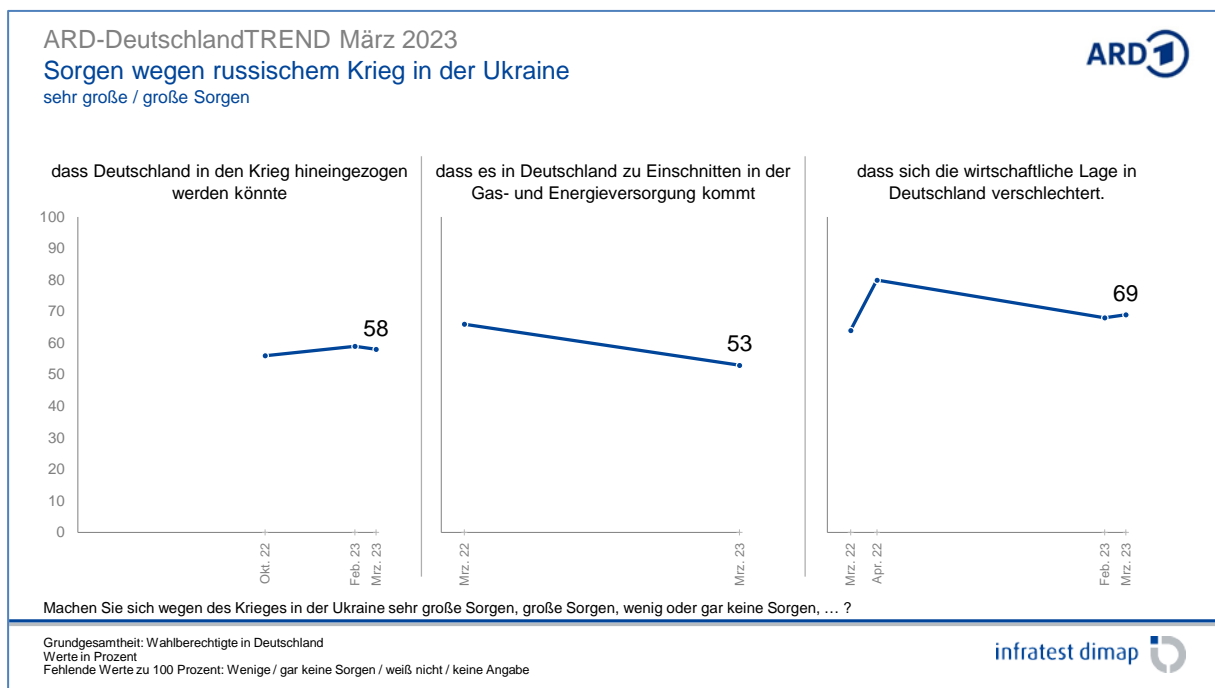
Als mögliche Vermittler im Ukraine-Krieg wurden zuletzt China und Indien ins Gespräch gebracht. Als vertrauenswürdige außenpolitische Partner Deutschlands gelten beide Länder für die Mehrheit der Bundesbürger jedoch nicht. China wird ähnlich misstrauisch betrachtet wie Russland (7 Prozent). Nur für 8 Prozent ist China ein Partner Deutschlands, dem man vertrauen kann. Indien wird mit 33 Prozent deutlich positiver gesehen. Zum engeren Kreis der vertrauenswürdigen außenpolitischen Partner zählen die Deutschen Indien damit jedoch ebenfalls nicht.



Die Vereinigten Staaten, deren Ansehen in Deutschland während der Präsidentschaft von Donald Trump massiv gelitten hatte, sehen die Bundesbürger seit der Wahl von Joe Biden wieder mehrheitlich als vertrauenswürdigen Partner an. Ein Urteil, das aktuell 59 Prozent (+4 zu November) teilen und das sich mit dem Ukraine-Krieg im Grundsatz nicht verändert hat. Die angegriffene Ukraine selbst wird unverändert von knapp jedem Zweiten (47 Prozent) als vertrauenswürdiger Partner Deutschlands bezeichnet. Eine Sichtweise, die angeführt von den Anhängern der Grünen (75 Prozent) in den Reihen aller Parteien überwiegt, nicht jedoch unter den AfD-Anhängern (5:88 Prozent). Die AfD-Anhänger zeigen zugleich die größte Distanz in den Partei-Anhängerschaften auch gegenüber den USA. Deutliche Mehrheiten in den Reihen von Grünen (77 Prozent), Union (77 Prozent), SPD (73 Prozent) und FDP (67 Prozent) betrachten die Vereinigten Staaten dagegen als vertrauenswürdigen Partner. Unter den Anhängern der Linken sind es vier von zehn (40 Prozent).

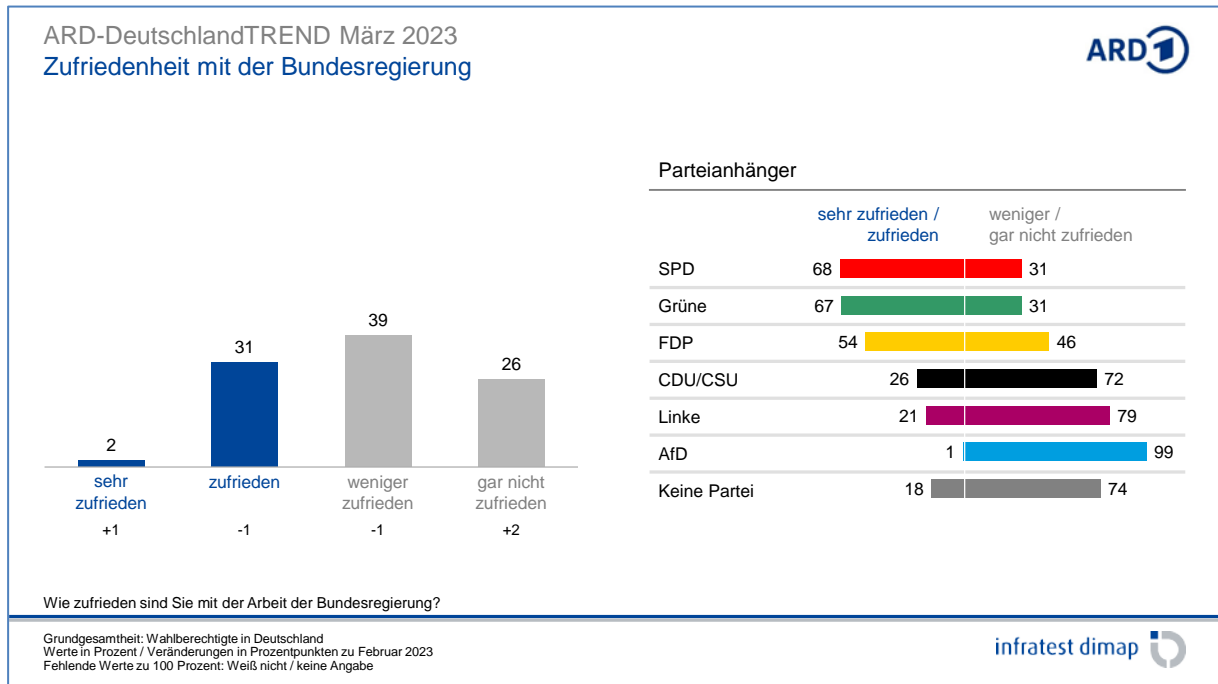
Weiter Sorgen um mögliche Folgen des Ukraine-Krieges

Die Haltung der Bundesbürger zum deutschen Ukraine-Kurs wird durch die Bewertung von möglichen Folgerisiken mitbestimmt. Die Sorge, dass Deutschland selbst in den Krieg hineingezogen werden könnte, bewegt aktuell weiterhin etwa sechs von zehn Bundesbürgern (58 Prozent; -1 zu Februar). Größere Sorgen als eine direkte Verwicklung der Bundespublik bereiten den Bundesbürgern allerdings mit 69 Prozent die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges für Deutschland. Sie fallen keineswegs geringer aus als zu Beginn des Überfalls vor einem Jahr. Ängste vor Einschnitten in der Gas- und Energieversorgung haben dagegen bei den Bundesbürgern aufgrund des Ausbleibens von Engpässen in den Wintermonaten sichtbar nachgelassen, sind aber nicht verschwunden. Entsprechende Befürchtungen äußerten im März 2022 zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent), nunmehr sind es 53 Prozent.



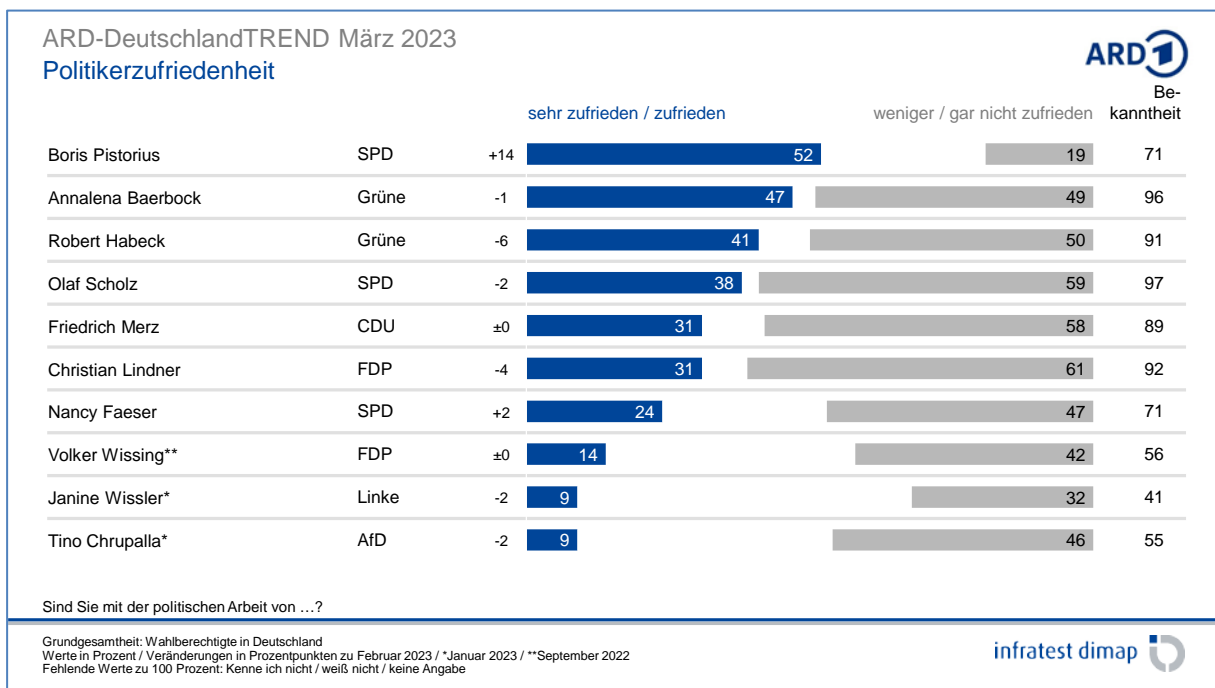
Keine Veränderung im Urteil zur Regierungsarbeit

In der Bewertung der Berliner Regierungsarbeit ergeben sich im Monatsverlauf keine Veränderungen. Ein Drittel (33 Prozent; +/-0) äußert sich positiv, zwei Drittel üben Kritik (65 Prozent; +1). Nach wie vor äußern sich die Anhänger von SPD (68:31 Prozent) und Grünen (67:31 Prozent) mehrheitlich zufrieden, während sich in den Reihen des Koalitionspartners FDP Zuspruch und Ablehnung eher die Waage (54:46 Prozent) halten.



Politikerzufriedenheit: Pistorius führt erstmals Politikerliste an

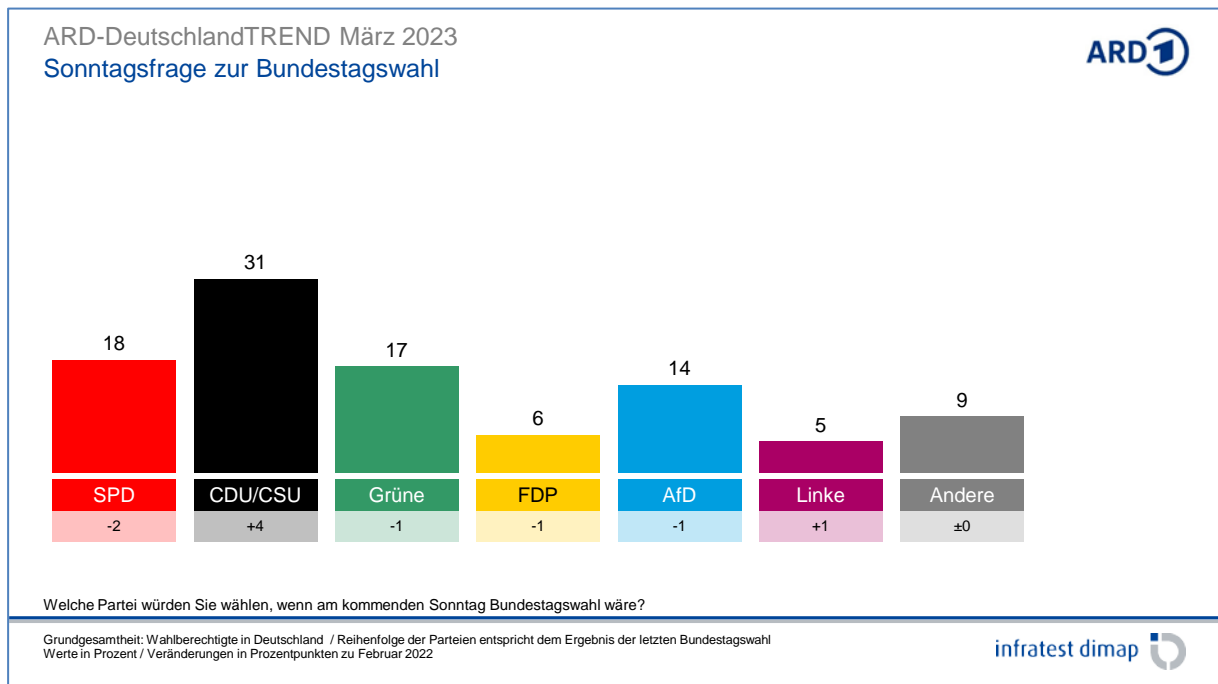
Größere Verschiebungen vollzogen sich zum Vormonat beim Blick auf das Berliner Personal. Führten seit April vergangenen Jahres durchweg Annalena Baerbock und Robert Habeck die Liste der populärsten Bundespolitiker im ARD-DeutschlandTREND an, liegt mit Boris Pistorius erstmals wieder ein SPD-Politiker vorn. Der Verteidigungsminister verbessert sich zu Februar deutlich und wird von gut der Hälfte der Deutschen positiv bewertet (52 Prozent; +14). Dagegen verliert Außenministerin Baerbock (47 Prozent; -1) leicht, Wirtschaftsminister Habeck (41 Prozent; -6) im Monatsverlauf deutlich. Die beiden Grünen-Politiker bleiben im Politikerurteil aber vor Bundeskanzler Scholz (38 Prozent; -2). Im Mittelfeld platzieren sich mit identischer Bewertung Unions-Oppositionsführer Friedrich Merz (31 Prozent; +/-0) und FDP-Finanzminister Christian Lindner (31 Prozent; -4).



Bundesinnenministerin Nancy Faeser überzeugt leicht verbessert jeden vierten Bundesbürger (24 Prozent; +2). Auf den hinteren Plätzen rangieren im Bevölkerungsurteil FDP-Verkehrsminister Volker Wissing (14 Prozent; +/-0 zu September), gefolgt von Tino Chrupalla von der AfD und Janine Wissler von der Linken (jeweils 9 Prozent; jeweils -2 zu Januar).

Sonntagsfrage: Union baut Vorsprung aus

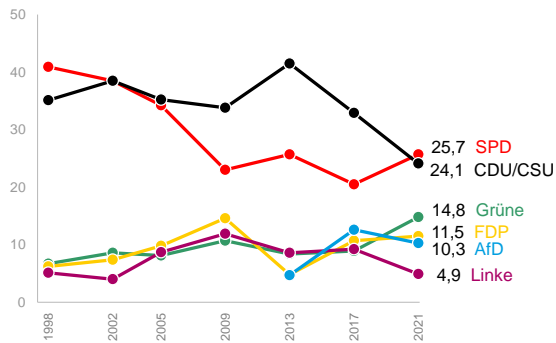
In der aktuellen bundespolitischen Stimmung bauen die Unionsparteien ihren Vorsprung aus. Die CDU/CSU hätte in der Sonntagsfrage aktuell 31 Prozent (+4) in Aussicht, der beste Wert für sie im monatlichen ARD-DeutschlandTREND seit zwei Jahren. Alle drei Berliner Koalitionsparteien geben zum Vormonat ab: Die SPD käme aktuell bei einer Bundestagswahl auf 18 Prozent (-2). Die Grünen hätten 17 Prozent (-1) in Aussicht, schwächer waren sie letztmals im März vergangenen Jahres. Die FDP käme auf 6 Prozent (-1). Die AfD könnte mit 14 Prozent (-1), die Linke mit 5 Prozent (+1) rechnen. Alle übrigen Parteien kämen zusammen auf 9 Prozent (+/-0).



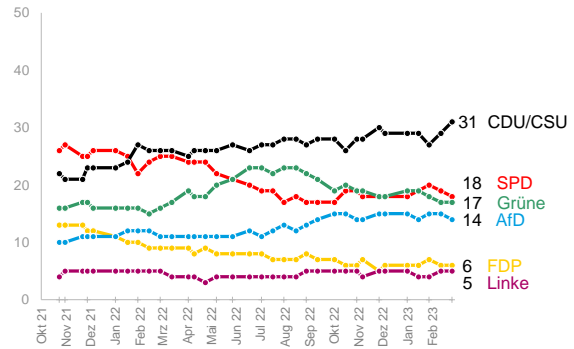
ARD-DeutschlandTREND März 2023
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



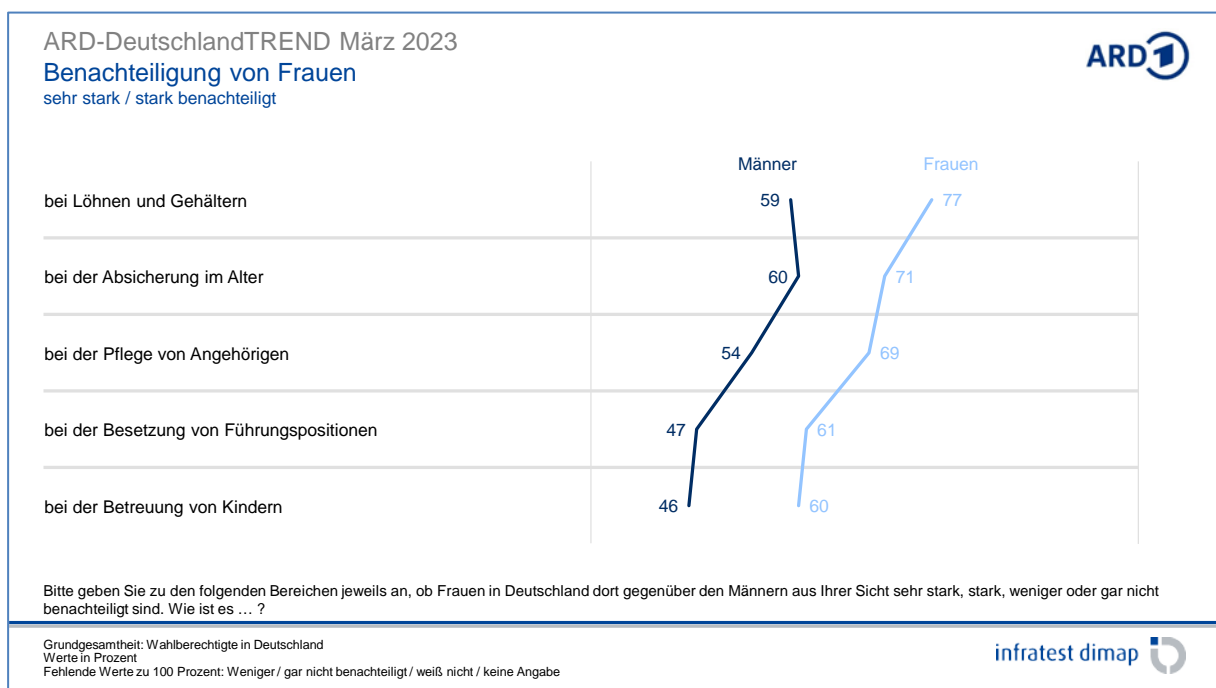
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

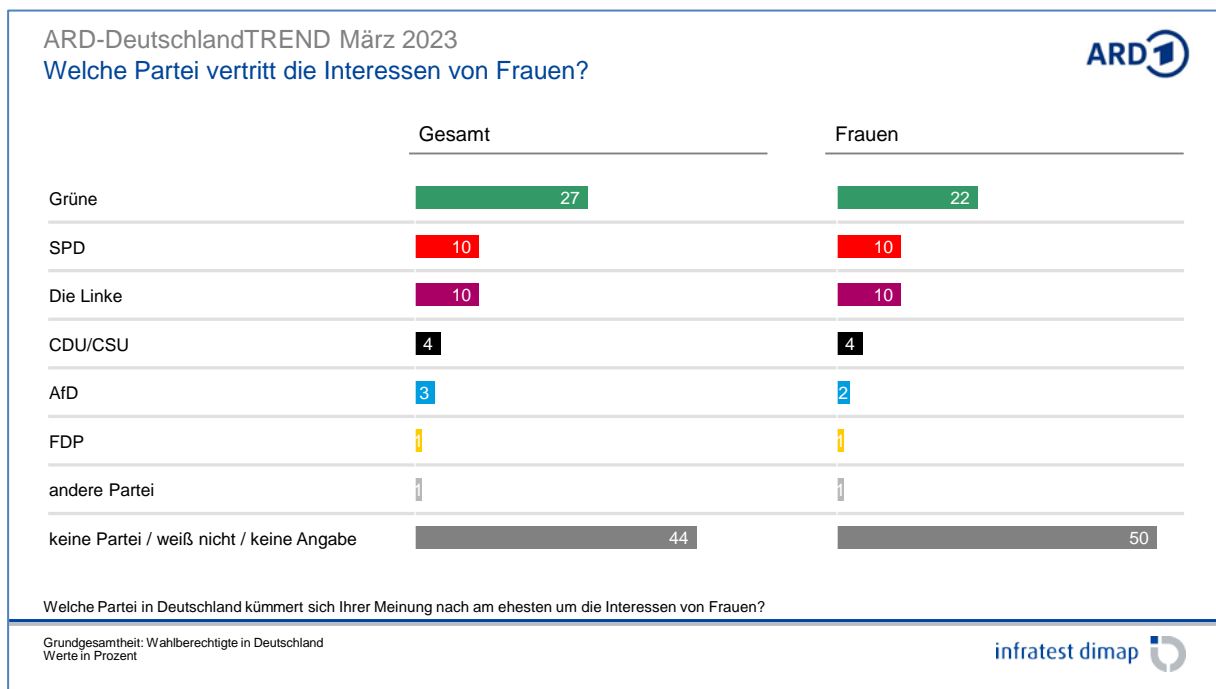
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Frauen sehen sich nicht nur bei Löhnen deutlich benachteiligt

Am 08. März, dem Internationaler Frauentag, wird weltweit auf die Ungleichbehandlung von Frauen aufmerksam gemacht. Aus Sicht der Bundesbürger gilt es zentrale Anliegen des Frauentages offensichtlich auch in Deutschland weiter zu verfolgen. So sehen sich die Frauen in Deutschland deutlich benachteiligt bei Löhnen und Gehältern (77 Prozent), der Absicherung im Alter (71 Prozent) und der Pflege von Angehörigen (69 Prozent). Eine Sichtweise, die auch jeweils eine Mehrheit der Männer teilt. Deutliche Benachteiligungen in Deutschland macht jeweils eine Mehrheit der Frauen ebenfalls bei der Besetzung von Führungspositionen (61 Prozent) wie auch der Aufteilung der Kinderbetreuung (60 Prozent) aus. Hier sind sich jedoch die Männer bezüglich bestehender Frauen-Nachteile auffallend uneins.



Als Vertreter von Frauen-Interessen sehen die Bundesbürger in erster Linie die Grünen (27 Prozent), gefolgt von SPD und Linken (jeweils 10 Prozent). Die übrigen Bundestagsparteien, einschließlich der Union (4 Prozent), gelten dagegen kaum als Sachwalter für die Belange von Frauen. Gut vier von zehn Wahlberechtigten (44 Prozent) können oder wollen keine Partei benennen. Frauen tun sich bemerkenswerterweise schwerer als Männer, eine Partei zu benennen, die ihre spezifischen Interessen vertritt (50 Prozent). Bei insgesamt niedrigeren Antwortniveaus sehen allerdings auch sie Grüne (22 Prozent), SPD und Linke (je 10 Prozent) am ehesten als Anwalt eigener Interessen, nicht jedoch die anderen Bundestagsparteien.



ARD-DeutschlandTREND März 2023

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Redaktion WDR	Ellen Ehni / Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- und Online-Befragung	
Fallzahl	1.311 Befragte (781 Telefoninterviews und 530 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rückerinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	27. Februar bis 01. März 2023	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0